

Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Kontos:
Gehr. Knödel, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Polizeihauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Zeit und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10, Telefon 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10, Telefon 25 261.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Kompartimentszeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Melleszeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverlegung 10 Goldpf.

Nr. 18

Dresden, Donnerstag den 22. Januar 1925

36. Jahrg.

Geständnisse eines Landesverrätters

Das deutsche Strafgesetzbuch enthält einen Paragraphen, der von unsterblicher Justiz in beinahe unmisslicher Weise angewandt wird. Er trägt die Nummer 22 und besagt, daß mit Hochverrat nicht unter zwei Jahren bestraft wird, wer vorzüglich Staatsgeheimnisse bekannt macht, deren Geheimhaltung für das Wohl des Deutschen Reichs erforderlich ist. Ueber allen Journalisten und Politikern schwebt dauernd das Damoklesschwert dieses Paragraphen, so daß es wenig freizeitlebende Politiker gibt, die von ihm noch nicht unmittelbar bedroht wurden.

Dieser Paragraph ist so unmöglich, daß selbst Staatsmänner stets in Gefahr sind, auf ihm herumzutampeln. Jetzt ist er beinahe Herrn Dr. Luther, dem neuen Reichskanzler, zum Verhängnis geworden. Genosse Breitscheid verwies in seiner Rede am 17. Dezember auf die Schwärze der Meldung, wonach bei der Reichswehr Studenten und Zeitfreiwillige weiter ausgebildet würden. Herr Dr. Luther konnte nicht umhin, in seiner gestrigen Beantwortung verschiedener Anfragen auf die Sache einzugehen. Er erklärte:

Darüber, was die Reichsregierung in dieser Angelegenheit aus nicht mehr bestehenden innerpolitischen Gründen getan hat und wofür sie die Verantwortung trägt, ist der Entente schon vor längerer Zeit eingehend Mitteilung gemacht worden.

Die Kommunisten quittierten diese Geständnisse mit den Ruf: „Landesverräter! Franzosenknecht!“ Wir sind nicht so unhöflich, uns diese Auffassung der Kommunisten zu eigen zu machen, aber der Reichskanzler mag an diesem Zwischenfall erkennen, wie rasch man vom nationalpolitischen Teil der deutschen Öffentlichkeit des Landesverrates verdächtigt werden kann. Unser Ansicht nach beanspruchen diese seine Äußerungen weniger außenpolitisches als innerpolitisches Interesse. Als die Sozialdemokratie sich vor Jahresfrist lebhaft mit der sogenannten schwarzen Reichswehr beschäftigte, als Zeigner seinen berechtigten Kampf gegen Gehler führte, da erhob sich in der Presse der Rechten ein einziges S. L. O. Man versuchte damals, das zu bestreiten, was Herr Dr. Luther jetzt offen zugibt, und der Landesverräter sollte damals Zeigner sein. Und als gewisse Reichswehrverstärkungen in der Zeit der Reichsreferende gegen Sachsen und Thüringen die sozialdemokratischen Angaben noch mehr erhärteten, wurden Verwindungen gegeben, die anders klangen als die Lutherschen im Reichstage. Durchaus nicht „innerpolitische Gefahren“ wurde damals vorgekündigt, Herr Reichskanzler!

Aber verweisen wir einen Augenblick bei diesem Argument: Herr Dr. Luther hat leider vergessen zu sagen, womit man eine „schwarze Reichswehr“ innerpolitisch begründen könnte. Die gesamte republikanische Öffentlichkeit steht und stand seit 1919 geschlossen gegen irgendwelche Angriffe auf die Weimarer Verfassung, und Reichswehr und Schutz hatten bei verschiedenen Gelegenheiten bewiesen, daß sie zur Unterdrückung von Putschern hinreichend — sofern sie von links kommunistischer Seite kamen, wie beim mitteldeutschen Putsch. Daß Studenten und Zeitfreiwillige für einen Kampf gegen rechts ausgebildet wurden, das dürfte doch wohl selbst Republikanern wie Herr von Westarp nicht bestritten werden. Also wieso aus innerpolitischen Gründen? Wir stoßen mit solchen Fragen auf die zweideutige Seele jener merkwürdigen Verfassungsschreiber, die in leitenden Stellen des Staates sitzen und deren Liebe zur Republik oft wenig gekennzeichnet werden mußte. Es ist eine Reihe, die bei Gehler anfängt und bei Herrn Gerat noch lange nicht aufhört. Und es sind Leute in dieser Reihe von Staatsbeamten, die der Republik lieber heute als morgen den Kopf auf den Rücken drehen würden, wenn es nicht auch ein republikanisches Deutschland und wenn es vor allem nicht die außenpolitischen Gefahren eines solchen Streiches gäbe. Aber die bayerischen Vorgänge, die Hitlerkollaboration und der Münchener Bürgerbräu-Putsch vom 8. November 1923 bewiesen, wie und wozu, auf welche Gelegenheit und auf welche Situation losgerichtet wird.

Die sozialdemokratische Fraktion täte gut daran, Herrn Dr. Luther zu fragen, ob denn diese angeblichen Einzelschüsse und Ausbildung von Zeitfreiwilligen, Studenten und andern „Republikanern“ durch die Reichswehr noch immer fortgesetzt werden oder nicht, was unter den „innerpolitischen Gründen“ eigentlich zu verstehen ist und wie die Verantwortlichen ein solches Treiben mit der Weimarer Verfassung in Einklang bringen wollen! Vor allem muß sich das deutsche Volk diese ewigen Zweideutigkeiten verbitten. Als der Summum der Hitlerbanden begann und als die ersten Anfragen wegen der schwarzen Reichswehr auftauchten, wurde mit dem Augen gewinkelt und auf die Gefahren verwiesen, die

dem entwaffneten Deutschland und seinen umgeschützten Grenzen von außen drohen könnten. Und nun die Entente auf das Gerate hin einschreitet, sieht man wieder das Augenzwinkern nach außen hin: „Sorgt euch nicht, es ist ja nur aus innerpolitischen Gründen.“ So werden Scherben angerichtet nach außen, weil das Ausland sich bedroht fühlt, und nach innen, weil die Republikaner dieser Sorte Landfrieden nicht trauen. Und so muß denn die republikanische Presse als Sachwalterin der öffentlichen Interessen klar und deutlich fordern, daß irgendwelche geheime Rüstungen, sofern und soweit sie bestehen, aufzuheben haben.

Wir wissen, daß wiederum jeder mit dem Landesverratsparagraphen bedroht ist, der dies aussprechen wagt, darum ist es die höchste Zeit, daß die Sozialdemokratie einen Antrag eingebracht hat, der eine Aenderung dieses lächerlichsten aller Paragraphen fordert. Es muß auf die Dauer zu unmöglichen und gesetzwidrigen Zuständen führen, wenn jemand des Landesverrats angeklagt werden kann, der gesetzwidrige Zustände ausdehnt! Ist es nicht, um wider zum Geständnis des Kanzlers zu kommen, unerfindlich und lächerlich, daß man Politiker und Blätter des Landesverrats beschuldigt, sobald sie einmal Tatsachen erwähnen oder kritisieren, die nach des Kanzlers Erklärung den Ententemächten längst amtlich bekanntgegeben wurden? Welch ein Zeugnis, das hier der deutschen Justiz ausgestellt wird. Die Bekenntnisse des Kanzlers aber, den die Kommunisten mit ihren Zwischenrufen nunmehr auch unter „die Landesverräter“ eingereiht haben, wird man zittern müssen, wenn gewisse „innerpolitische Rüstungen“ und antirepublikanische Tendenzen der Reichswehr wieder einmal bestritten werden.

Die gebildete Regierung

Die Zentrumsfraktion des Reichstages ließ am Dienstag ihre Stellungnahme zur Regierung Luther in einer Erklärung zum Ausdruck bringen, die auf eine volkstümliche Formel gebracht, kaum anders lautete als: „Wir trauen euch alles, nur nicht viel Gutes zu.“ Ein Teil der Reichspresse hat das aus der Erklärung nicht entnommen. Die „Germania“ sieht sich deshalb am Mittwochabend veranlaßt, gegen die solche Auslegung, insbesondere wie sie in dem Organ der Volkspartei „Die Zeit“ erfolgte, polemisch vorzugehen und folgendes festzusetzen:

„Die Zeit“ glaubt sagen zu können, daß am Dienstag zwischen den drei Hauptparteien, die die neue Regierung stützen

werden, den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum eine sichtbare Verknüpfung stattgefunden hat. Weiter glaubt sie feststellen zu dürfen, daß der getriggerte Tag mit einer ganz glatten Bilanz abgeschlossen habe, die ein hartes Übergewicht zugunsten der Regierung ergebe. Was man wünscht, glaubt man getan. Das Ideal der schärfsten Rechte der Volkspartei ist bekanntlich die Regierung der großen bürgerlichen Mehrheit. Diese große bürgerliche Mehrheit ist indessen nicht vorhanden. Das Kabinett muß sich damit begnügen, mit einer Mehrheit, die wahrscheinlich nicht sehr groß sein wird, gebildet zu werden. Das hat doch der Dienstag klar bewiesen, und wir können wirklich nicht finden, daß das eine glatte Bilanz zugunsten des Kabinetts sei.“

Diese Erläuterung der „Germania“ über die „Regierung der großen bürgerlichen Mehrheit“ deutet in Wirklichkeit die ganze Seite des Kabinetts Luther auf. Die neue Reichsregierung ist nur „gebildet“, und damit ist von vornherein ihre Schwäche vor dem In- und Ausland offenbart. Wie lange diese Zulassung dauert, ist eine zweite Frage. Jedenfalls aber kriecht es schon jetzt im Zentrum sehr stark, und die für Freitag vorgesehene Abstimmung des Reichstages über die Billigungsformel der Regierungsparteien dürfte zeigen, daß mindestens ein gutes Duzend der besten Zentrumstreue nicht daran denkt, einer Regierung, die von den Deutschnationalen als „Stimme zur Monarchie“ bezeichnet wurde, ihre Unterstützung zu leisten.

Sozialdemokratischer Vorstoß zur Aufwertung

Nach dem Zusammentritt des Reichstages hatten die sozialdemokratischen Mitglieder des Aufwertungs Ausschusses — dessen Vorsitzenden den Antrag gestellt, den Ausschuß zu erneuern — sich gleich einzuberufen, um einen Antrag zu beraten, der die Aufhebung einer Notverordnung gegen die gerichtlichen Entscheidungen in der Aufwertungsfrage bezweckt. Die erste Sitzung des Ausschusses fand am Mittwoch vormittag statt. In ihr legte Genosse Keil den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion dar. Er sprach sich scharf gegen die Anwendung des Artikels 18 der Reichsverfassung bei gerichtlichen Entscheidungen aus, da dies der Reichsverfassung nicht entspreche. Auch aus sachlichen Gründen sei die Sozialdemokratie für die sofortige Aufhebung dieser Verordnung. Dadurch müßte die Regierung zum weiteren Handeln in der Aufwertungsfrage veranlaßt werden. Wenn die Regierung nicht bald den angeforderten Gesetzentwurf über die Neuregelung der Aufwertung einbringe, so werde die sozialdemokratische Fraktion noch weitergehen und die Aufhebung der ganzen Dritten Steuernotverordnung beantragen. Der Ausschuß beschloß gegen die Stimmen der Demokraten, der Sozialdemokraten und der Kommunisten, sich bis zum Dienstag zu vertagen, um der Regierung eine „Schnaps“ zu geben.

Barmat

Von Paul Levi

Dieser Aufsatz entstammt der SPN-Korrespondenz. Die sozialdemokratische Parteileitung hat kürzlich versichert, daß sie für Klarstellung der hier behandelten Angelegenheiten sorgen wird. Die Parteipresse wird nach Abschluß der Untersuchungen dazu Stellung zu nehmen haben.

Aurt Geher hat im vergangenen Jahre eine Brochüre geschrieben, in der die drei Typen der Inflationswirtschaft, Seltener der Anstifter, Savenstein der Fehler und Stinnes der Fehler als die drei Totengräber Deutschlands bezeichnet wurden. In den zwei Wahlkampagnen des vergangenen Jahres ist diese Brochüre den Funktionären unserer Partei zur Lektüre gegeben worden, auf daß sie Stoff und Mut für den Wahlkampf aus ihr schöpfen. Nun waren die Barmats gewiß keine Totengräber vom Stinneschen Ausmaß; aber unbestreitbar waren sie ein paar Totengräberlein; haben jene das Grab geschaukelt, so haben diese doch ein paar Schäufeln Erde auf das Inflationsgrab des deutschen Volkes geworfen. Und nun erfahren also unsere Genossen, daß gewiß ganz wenige, aber doch nicht unbeträchtliche Genossen den Barmats — sagen wir: nicht hindernd in den Weg getreten sind.

Wir wollen uns, was diese persönlichen Beziehungen einzelner Parteigenossen zu den Barmats angeht, äußerste Reserve auferlegen. Klar liegt die Sache nur bezüglich des Parteipräsidenten von Berlin, des Sozialdemokraten Richter. Dieser gibt in einem Dementi oder besser gesagt in einer Selbstbesichtigung zu, die er an die B. Z. am Mittwoch gerichtet hat, daß er von der Barmat-Bank einen — offenkundig — Blankokredit von 5000 M. genommen habe, und zwar Erwerb eines Siedlungsheimes. Was sich der Parteipräsident Richter, wenn er es noch nicht weiß, gesagt sein lassen, daß es gewiß keinem Sozialdemokraten verwehrt ist, ein Siedlungsheim zu erwerben, daß aber zum Erwerb von Siedlungsheimen andre Mittel zur Verfügung stehen, und daß man als Parteipräsident besser tut, auf den Erwerb eines Siedlungsheims zu verzichten, als das Geld dazu von Männern zu pumpen, deren Charakterbild mindestens schon seit langen Jahren ob der Parteien Gunst und daß in der Zeitgeschichte schwankte. Weiter steht fest, daß Genosse Gei-

mann als Aufsichtsratsmitglied in verschiedenen Barmat-Institutionen sich betätigte; er hat sich dessen vor wenigen Wochen nur im Vorwärts gerühmt und hat auch die ihm gern geglaubte Versicherung abgegeben, daß diese Tätigkeit eine unentgeltliche und rein auf Freundschaft beruhende gewesen sei. Was die übrigen Beziehungen der Barmats zu einigen Parteimitgliedern angeht, so nehmen wir ohne weiteres an, daß auch sie im wesentlichen auf Freundschaft beruhten; wir kennen weder die Person noch den Gehalt der Barmats, um daraus auf etwas andres zu schließen. Als sicher aber scheint uns eines unterstellt werden zu können: schon dank der materiellen Ungleichheit, in der sich unsere Parteimitglieder gegenüber den Barmats befanden, werden doch bei vielen, unter Freunden an sich ganz selbstverständlichen Freundschaftsbeziehungen unsere Parteigenossen eher die Nehmenden als Gebenden gewesen sein. Allein schon aus diesen Tatsachen ergibt sich, daß, selbst wenn wir von weiteren Enthüllungen verhalten bleiben, nach außen der Eindruck einer unzulässigen Abhängigkeit von Parteimitgliedern und — wenn diese so prominent sind wie die bei Barmat in Betracht kommenden — der Partei vor einem Geschäftsmacher, der gewiß nichts andres als Stinnes, nicht mehr, nicht weniger — die Leiche der deutschen Wirtschaft gefleddert. Mag uns gemißt werden, daß bei keiner politischen Entscheidung je Barmat gefragt worden oder auch nur nach seinen unausgesprochenen Wünschen gehandelt worden sei: das alles ist ganz selbstverständlich. Aber der Eindruck in der Öffentlichkeit besteht, und ihn erweckt zu haben ist die schwere Schuld der Verantwortlichen.

Wer sind diese? Nicht nur die drei oder vier oder fünf Personen, die als unmittelbar Beteiligte in Betracht kommen. Wir möchten vielmehr die Verantwortung des Parteivorstandes mit annehmen und genau präzisieren. Wir nehmen dabei ohne weiteres an, daß die überwiegend große Mehrzahl der Parteigenossen des Vorstandes die Barmats ebenso kennt, wie wir, nur aus den Zeitungen. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Genossen in keiner, auch nicht der leisesten materiellen Abhängigkeit von den Barmats waren. Wir unterstellen auch ohne weiteres, daß, wenn — was wir nicht wissen — die Barmats, die ja als Sozialdemokraten sich eingeführt hatten, etwa für Parteizwecke Gelder gegeben hätten, das in Formen und unter Umständen geschah, unter denen es keinem begüterten Parteigenossen verwehrt ist, entsprechend seinem Vermögen für die Partei zu opfern. Da-